

23. Sep. 2015

von Martin

in Konferenz

Kommentare (1)

Liveblog: DVPW Kongress 2015 in Duisburg – Tag 2



Der zweite Tag des Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft unter dem Oberthema „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“ wird bei uns natürlich ebenfalls live kommentiert.

Der Tag beginnt mit einer Plenumsitzung zum Thema „Ordnung von Freiheit – Architekturen von Sicherheit“ mit Vorträgen von Ulrich Schneckener (Universität Osnabrück) und Wolfgang Seibel (Universität Konstanz). Der Titel von Ulrich Schneckeners Vortrag lautet „Wie umgehen mit dem „Terrorrisiko“? Zu den Reaktionsmustern staatlicher Sicherheitspolitik“, der Titel von Wolfgang Seibels Vortrag ist „Behördenversagen als Sicherheitsrisiko“. Die anschließende Diskussion wird moderiert von Christopher Daase (Universität Frankfurt).

Darauf folgt ein weiteres Plenum mit dem Titel „Die DVPW als erinnerungspolitischer Akteur“, das in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Politik und Geschichte“ veranstaltet wird und einen Vortrag von Jeffrey K. Olick von der University of Virginia unter dem „Die Eschenburg-Kontroverse in historischer und soziologischer Perspektive“ beinhalten wird.

Nach einer kurzen Mittagspause geht es dann wieder in die Veranstaltungen der Sektionen. Für dieses Blog besonders relevant sind wiederum die Veranstaltungen der Sektion „Internationale Politik“. Im Panel nach der Mittagspause wird diskutiert über das Thema „Internationale Sicherheitsorganisationen im Spannungsfeld zwischen Legitimierung und Delegitimierung“. Danach folgt die Mitgliederversammlung der Sektion.

Am Abend findet die Mitgliederversammlung der DVPW statt.

Eine Übersicht des Programms der Konferenz gibt es hier. Weiterhin sind wir natürlich nicht die einzigen, die vom Kongress bloggen: Ebenso gibt es den [Kongressblog](#) der DVPW sowie [Posts zur Konferenz](#) vom Theorieblog. Auf Twitter findet die Diskussion unter dem Hashtag [#dvpw15](#) statt.



Martin

4 MONATE AGO

Das war es von unserem Liveblog für den heutigen Tag. Ab jetzt tagen die Sektionen der DVPW und später gibt es dann die Mitgliederversammlung der gesamten DVPW. Wer darüber mehr erfahren möchte, dem sei der Twitter Hashtag [#dvpw15](#) ans Herz gelegt. Bis morgen!



Martin

4 MONATE AGO

Ergebnisse: Kommunikation der UN mit Bezug auf den ATT: Es gibt zum einen transparenzgetriebene „low profile“ Kommunikation. Darin dominieren Staaten, aber Kritiker und nicht-OECD-Staaten werden inkludiert. Auf der anderen Seite gibt es aber auch strategische „high profile“ Kommunikation. Die ist hochselektiv.

SOCIAL MEDIA



SUCHE

TWITTER FEED

Die offene Gesellschaft im Zangengriff – Was tun gegen islamistischen #Extremismus und #Islamfeindlichkeit?
<https://t.co/he1sNyzNRo>
 27. Januar 2016, 7:40 from Twitter Web Client

Diana Schubert über die Rolle von #Kommunen in der #Prävention von #Radikalisierung
<https://t.co/6F0QGmsxoQ>
 #Salafismus
 26. Januar 2016, 7:54 from Twitter Web Client

Fördern die Medien #Salafisten? Dynamiken, Verantwortung & Grenzen der Berichterstattung über salafistische Gruppen
<https://t.co/YM8phOlqdf>
 25. Januar 2016, 9:14 from Twitter Web Client

TAGS

BELIEBT KOMMENTARE NEU

"Die Flüchtlinge", "die Rassisten" und "Wir" – zu den Ambivalenzen

Sie weist einen starken Bias zu Advocacy auf. Gegner werden marginalisiert, ATT wird als positiv gezeigt. Weiterhin gibt es einen civil-society-bias: NGOs werden priorisiert (aber nicht aus dem globalen Süden), was auf eine Selbst-Legitimation der UN als partizipativ hinweist. Schließlich gibt es einen Institutional-Bias, der eine Priorisierung autorisierter UN-Sprecher zeigt.



Martin

4 MONATE AGO

Ecker-Erhardt arbeitet mit drei Modellen von IO-Öffentlichkeitsarbeit:

Transparenz-Modell: Kommunikation für „public information“. Althergebrachtes Verständnis – man versorgt die Öffentlichkeit mit Informationen.

Governance-Modell: Kommunikation mit dem Ziel des „teachings“, also um gesellschaftliche Diskurse zu beeinflussen, Bürger oder transnationale Advocacy-Kampagnen werden adressiert.

Selbstlegitimations-Modell: Kommunikation zum Zwecke der Anerkennung. Politisierung führt zu Legitimationsbedarf, was zu Öffentlichkeitsarbeit führt. Kommunikationsstrategien werden mit dem Ziel dahingehend entwickelt. Das zeigt sich durch symbolische Inklusion (Zivilgesellschaft, globaler Süden).

Mit diesen 3 Modellen und daraus generierten 3 Hypothesen schaut Ecker-Erhardt auf den Arms Trade Treaty.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Matthias Ecker-Erhardt (FU Berlin) bemerkt in seinem Beitrag, die Politisierung von Internationalen Organisationen in der öffentlichen Debatte – und insbesondere in sicherheitspolitischen Diskursen – sei bisher kaum erforscht. Diese Lücke versucht das DFG-Projekt „The Communicated IO“ anhand einer large-n-Analyse zu füllen. IOs werden dabei als offene Systeme betrachtet, das in seiner Öffentlichkeitsarbeit Stellungnahmen selektiv vermittelt: „IO ist eine Kakophonie unterschiedlicher Stellungnahmen“, sagt er.

Die Fragestellung lautet dementsprechend: Passiert diese Vermittlung nach außen zugunsten einer informierten Öffentlichkeit oder als Instrument gesellschaftlicher Kontrolle?



Martin

4 MONATE AGO

Aktueller Stand des Panels: Daten.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Tatsächlich weisen 21,9% der untersuchten Materialien auf eine Legitimationskrise („constraining dissensus“) hin. Es gibt allerdings, unerwarteterweise, keinen klaren Trend, da die anschauliche Zickzack-Kurve der Präsentation stark ausschlägt...

lisabogerts

4 MONATE AGO

Steffen Schneider und Henning Schmidtke (Uni St. Gallen) fragen in ihrer Präsentation nach der sozialen Konstruktion der Legitimität von Global Governance-Institutionen durch Medien- und Elitendiskurse. Dafür sehen sie bewertende Berichterstattung über die UN, die G8 und die EU in acht Zeitungen an und untersuchen die Begründungen bzw. die Kriterien, anhand derer argumentiert wird. Kann man von einer Legitimationskrise dieser Institutionen sprechen?

im aktuellen Flüchtlingsdiskurs

Ich bin Paris! Ich bin Muslim! Ich bin Nato? Die offene Gesellschaft und ihre Feinde nach dem 13. November.

Der Dschihad der Auslandskämpfer: Ausdruck einer Subkultur

Terroristen oder Bürgerkriegsflüchtlinge? Was wir gegen diese Verwechslung tun müssen

Fördern unsere Medien die Salafisten? Dynamiken, Verantwortung und Grenzen der Berichterstattung über salafistische Gruppen

KATEGORIEN

Außenpolitik (64)

Bürgerkriege (24)

Cyber Security (52)

Demokratisierung (14)

Drohnen (15)

Flüchtlinge (17)

Humanitäre Interventionen (15)

Innere Sicherheit (32)

Interviews (10)

Katastrophen (4)

Konferenz (29)

Militär (31)

Pandemien (2)

Podcast (7)

Popkultur (22)

Raketenabwehr (1)

Sanktionen (8)

Security Culture (27)

Sicherheits-Kommunikation (16)

Sicherheitskultur (237)

Sozialwissenschaft Online (71)

Stellenangebote (55)

Strategie (12)

Terrorismus (60)

Und was erklärt die Unterschiede zwischen den vier untersuchten Ländern?



Martin

4 MONATE AGO

<http://www.sicherheitspolitik-blog.de/files/2015/09/DVPW-Tag2-IBPanel3.jpg>

Straight outta Duisburg – das laufende Panel. (Klickt auf das Bild um es zu vergrößern)



Martin

4 MONATE AGO

Monika Heupel (Universität Bamberg) und Martin Binder (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) über die Legitimität des UN Sicherheitsrats. Sehen die Mitglieder den als legitim an? Welche Staaten sehen den als legitim an und welche nicht? Mitgliedsstaaten sehen in der Tat ein Legitimitätsdefizit. Vor allem Entscheidungsmechanismen.

Kurz: Solche, die vom System profitieren (als ständige oder temporäre Mitglieder des UNSR oder als solche die vom Status Quo profitieren) werden UNSR legitim sehen. Solche, die Ziel von Intervention sind, die Souveränität hoch halten oder den USA nicht so freundlich gesinnt sind, werden den UNSR delegitimieren.

Operationalisierung: Redebeiträge im UNSR. 6 Hypothesen werden dann untersucht, genaue methodische würde den Rahmen eines Liveblogs sprengen.



Martin

4 MONATE AGO

Gesättigt aus der Mittagspause zurück stürzen wir uns nun ins nächste Panel: Internationale Sicherheitsorganisationen im Spannungsfeld zwischen Legitimierung und Delegitimierung



Martin

4 MONATE AGO

Und zum Abschluss der alternative Titel von Olicks Vortrag, den er schließlich nicht wählte, aber durchaus passend für die Debatte ist: Politikwissenschaft ist ein schwieriges Vaterland.



Martin

4 MONATE AGO

Schließlich: Wenn Professoren für Studenten die Literaturlisten zusammenstellt, muss man immer selektiv sein. Damit verzerrt man immer die Erinnerung an die Entwicklung, die Geschichte der Disziplin, denn Teile werden immer zu kurz kommen in dieser Liste. Es geht daher darum, anzuerkennen, dass dieser Prozess ein laufender Dialog ist. Darum geht es auch in der Demokratie: Man legt die Regeln nicht nur einmal fest. Man redet konstant darüber und revidiert sie. Und das zeigt sich auch im Eschenburgpreis: Es geht um die intergenerationelle Auseinandersetzung mit der Geschichte einer wichtigen Disziplin. Und man redet trotz der Debatte weiter mit einander (und darüber). Und das sollte geschätzt werden.



Martin

4 MONATE AGO

Olick bringt zwei Vergleiche aus den USA, die sich ebenfalls mit Vergangenheitsbewältigung befassen.

Theorie (5)

Umwelt (1)

Versicherheitlichung (23)

Visualisierung (6)

Whistleblowing (8)

WikiLeaks (17)

WMD (10)

Zivilgesellschaft (67)

BLOGROLL

Arbeitskreis soziale Bewegungen

Augen geradaus

Dan Drezner

Dart-Throwing Chimp

David Campbell

de.hypotheses.org

Demokratieforschung Göttingen

Duck Of Minerva

Future and Politics

Hylaeon Flow

Internet und Politik

IR Blog

Just Security Blog

justsecurity.org

Killer Apps

Kings Of War

MPC Journal – Muslim Politics and Culture

netpolitik.org

percepticon

shabka.org

Terrorismus in Deutschland

theorieblog.de

Verfassungsblog

Vom Bohren harter Bretter

whistleblower-net.de

ARCHIV

Wähle den Monat

Olick kommt von der University of Virginia, einer Universität die von Thomas Jefferson gegründet wurde. Vor einiger Zeit veröffentlichte der Rolling Stone einen Artikel über sexuelle Gewalt an amerikanischen Universitäten und kamen dafür auch an die University of Virginia. Dort interviewten sie eine Frau, die ihren Angaben nach von 6 Verbindungsmitgliedern vergewaltigt wurde, von der Universitätsverwaltung aber nicht ernst genommen wurde. Es kam von allen Seiten zu öffentlichen Stellungnahmen. Die Frau bezog sich in ihrer Stellungnahme auf Thomas Jefferson und warf der Universität vor, die humanistischen Werte Jeffersons nicht ernst zu nehmen. Das ist einigermaßen pikant, denn Jefferson hatte viele Sklaven und zeugte mit einigen dieser Sklaven Kinder. Nach modernen Maßstäben wäre Jefferson wohl ein Vergewaltiger. Und das deutet auf ein weiteres Problem der Erinnerung hin: Die Uni wurde von Sklaven gebaut, hat sich aber nie mit dieser Vergangenheit auseinandergesetzt.

Ein weiteres Beispiel ist das von Zoë Baird. Bill Clinton nominierte sie als erste Justizministerin. Bevor sie das Amt antreten konnte, deckten Nachforschungen auf, dass Sie die Nanny ihrer Kinder vor Jahren schwarz bezahlt hatte. Es ist interessant, dass man ihr dies zum Vorwurf machte – einem Mann wäre dies wohl kaum widerfahren. Aber nichtsdestotrotz konnte man keine Justizministerin nominieren, die das Gesetz gebrochen hatte. Auch hier kommt die Frage des Umgangs mit der Erinnerung auf.



Martin

4 MONATE AGO

Diese Debatte hat natürlich auch erhebliche Konsequenzen für das Fach der Politikwissenschaft. Politikwissenschaft hat, entgegen des Vorwurfs, durchaus auch Vergangenheitsaufarbeitung geleistet. Die Fragen sind aber: Reichte es auch? Und hat Politikwissenschaft auf Grund des Themas eine besondere Verpflichtung, die Vergangenheit aufzuarbeiten?



Martin

4 MONATE AGO

Der Eschenburgpreis wurde verliehen von späteren Generationen, eben auch in Gedenken an jemand, der in der NS-Zeit lebte und sich dort schuldig machte. Das bedeutet, dass es hier um etwas als nur Erinnerung geht, die jemand betrifft, der zu der Zeit lebte. Es geht um *Post*-Erinnerungen. Sie betreffen also auch Nachfolgegenerationen der Opfer des NS-Regimes und anderer großer Verbrechen.

Interessanterweise sehen sich die Nachfolgegenerationen der Deutschen im Erbe der Gegner des NS-Regimes, wie etwa das Buch „Opa war kein Nazi“ zeigt (war er oftmals doch).



Martin

4 MONATE AGO

Was damit gezeigt werden soll: Eine Debatte wie die um den Eschenburg-Preis findet nicht im Vakuum statt. Es gibt nichts neues unter der Sonne. Was eher verwundert ist, dass die Debatte, 70 Jahre später, überhaupt stattfindet und dann mit dieser Intensität. Es geht nicht nur um Erinnerungen an Eschenburgs Verhalten in der NS-Zeit, sondern um Erinnerungen daran, wie sich Eschenburg anschließend, nach der NS-Zeit, daran erinnerte.



Martin

4 MONATE AGO

Olick steigt ein mit Thomas Manns Auseinandersetzung mit deutschen Autoren, die während der NS-Zeit in Deutschland

blieben und sich in die innere Immigration zurückzogen. Dies war eine der ersten Debatten, die sich mit der Frage der Schuld von denen befassten, die nicht vor dem NS-Regime flohen. Waren diese schuldig, selbst wenn sie nicht NSDAP-Mitglied waren?

Eugen Kogon, der übrigens auch Kandidat für den Namen des DVPW-Lebenswerk-Preis gewesen war, war der Ansicht, dass vergangene politische Fehler in gewissem Rahmen vergeben werden können, wenn sie anerkannt werden. Das stand im klaren Kontrast zu Karl Jaspers Haltung. Diese Haltung sollte sich in der BRD durchsetzen: Vorbelastung war Schuld. Es kam einerseits zu einer Kultur der Schuld in der frühen BRD, zum anderen wurde totgeschwiegen.

Zudem war diese Haltung natürlich nicht umstritten. Schmidt etwa wandte sich gegen diese Haltung, trat für ein Vergessen ein, dass mit sich auch ein Verbot der weiteren Analyse der Vergangenheit mit sich brachte.



Martin

4 MONATE AGO



Das Spezialplenum: Jeffrey Olick wird gleich mit seiner Rede beginnen.



Martin

4 MONATE AGO

Und es geht weiter mit dem nächsten Plenum. Der Aufhänger dieses Plenums: Der Skandal um Theodor Eschenburg: Dabei geht es um Theodor Eschenburgs Verstrickungen im NS-Regime und sein Umgang damit nach 1945. Der jährlich vergebene Preis der DVPW für das Lebenswerk war nach ihm benannt und wurde im Zuge des Skandals aufgegeben.



Martin

4 MONATE AGO

Wolfgang Seibel trägt nun vor: Ob der Staat die Bürger nun mit Polizei, Armee oder Verwaltung schützt ist für den Bürger erst einmal egal. Die sollten gerade in einem demokratischen, modernen Staat funktionieren. Wie kann ein Staat dann derart scheitern wie beispielsweise im Fall NSU oder beim Loveparadedisaster in Duisburg?

In beiden Fällen gibt es das Problem des Blame-Game bzw. Verantwortungsdiffusion. Eine klare Zuordnung und damit verbundenes Handeln ging im Geschiebe zwischen Bund- und Länderebene (im Fall der NSU, wo die Polizei Bayern überlegte das BKA zu beauftragen) bzw. zwischen privaten Investoren, der

Stadtverwaltung und dem Land NRW. Zudem wird auf begrenzte Ressourcen hingewiesen – andere Behörden könnten möglicherweise gar nicht die Aufgabe übernehmen, man will sie daher nicht damit behelligen.

Der Nagelbombenanschlag der NSU in Köln zeigt auch, wie eine Bagatellisierung durch Sicherheitsbehörden erst möglich wird, weil die Opfer zu einer Minderheit gehören, die keinen derart großen öffentlichen Druck aufbauen kann.

Die Loveparade ist eigentlich unwahrscheinlicher Fall von Behördenversagen. Es gab klare Zuständigkeiten und Gesetze. Externer politischer Druck durch Stadtverwaltung und das Land sowie wirtschaftlicher Druck durch private Investoren setzte berechtigte Bedenken aus. Man wollte die Loveparade politisch, koste es was es wolle. Die Stadtverwaltung hätte bei einer Absage als unfähig und/oder uninteressiert dagestanden. So werden Sicherheitsbehörden zu politischen Unternehmer, die ein politisches Ziel ohne Rücksicht auf das Leben Betroffener durchsetzt.

Seibel zieht daher das Fazit, dass Behördenversagen als Sicherheitsrisiko weiter erforscht werden sollte.

Aber noch schlimmer, daher größerer Aufmerksamkeit würdig ist die Normalität der Arrangements. Dass die Verantwortung zwischen Bundes- und Länderebene hin- und hergeschoben wird ist für die Öffentlichkeit schon normal. Ebenso der Druck durch Public-Private-Partnerships wie in Duisburg, die sich gegen die strikten Regeln in der Verwaltung wenden um ihre Projekte durchzusetzen.

Das führt uns zur Logik der Angemessenheit, also Pragmatismus, anstatt einer Logik der Prinzipien mit Handlungskonsequenz. Das zeigt die Polizei in Bayern mit ihrer letztlich Weigerung, den NSU-Fall an das BKA zu übergeben. Das zeigt die Verwaltung in Duisburg. Aber: Bei Grundrechtsschutz, bei Leib und Leben der Bürger geht es nicht um Pragmatismus. Den Pragmatismus lernt man im Berufsleben, das sollte nicht Ziel der Verwaltungsbehörden sein. Letztlich geht es um vielmehr um Urteilsbildung. Und die sollte daran ausgerichtet sein (wie im rationalen Verwaltungsstaat), dass Grundrechte höher bewertet werden als Zusammenarbeit mit Investoren oder Rücksicht auf bürokratische Empfindlichkeiten.



Martin

4 MONATE AGO

Oft folgen Policies einer Logik der Machbarkeit: Man kann leicht verhindern, dass Passagiere Flüssigkeiten mit an Bord eines Flugzeugs nehmen. Wie sinnvoll diese Policy ist, ist aber eine andere Frage. Möglicherweise werden hier Aufmerksamkeit und Ressourcen gebunden, die woanders sinnvoller eingesetzt werden können. Zudem besteht die Gefahr, dass man leicht zu sichernde Systeme sicherer macht und somit die Gefahr in Richtung von Systemen drückt, die viel schwerer zu sichern sind. Gleiche Maßnahmen wie im Flugverkehr würden etwa im ÖPNV kaum hingenommen.



Martin

4 MONATE AGO

Vorratsdatenspeicherung zeigt das exemplarisch: Weil viele Szenarien möglich sind, sind auf einmal alle Daten potenziell relevant. Daher wollen die Sicherheitsbehörden möglich viele Daten absaugen. Gleichzeitig kommen damit erhebliche Risiken zweiter Ordnung: Die immense Menge Daten bringen erhebliche Probleme für die Demokratie, sie müssen vor Leaks geschützt werden und, für Politiker möglicherweise am schlimmsten: Wenn die Daten vorlagen

und ein Anschlag trotzdem geschieht, müssen sich Politik und Sicherheitsbehörden die Frage gefallen lassen, wieso sie die Daten zwar hatten, aber nicht sinnvoll auswerten konnten um entsprechend zu handeln.



Martin

4 MONATE AGO

Sicherheitsbehörden können sich auf Risiken erster Ordnung konzentrieren. Das ist ihre Aufgabe, führt aber zu einer eher technokratischen Herangehensweise. Politik hingegen muss die Risiken zweiter Ordnung im Blick behalten, denn Legitimität des politischen Systems ist für sie wichtig. Sicherheitsbehörden und demokratische Politik setzen unterschiedliche Prioritäten und müssen das auch.



Martin

4 MONATE AGO

Diese Abwägung führt zu Risiken zweiter Ordnung: Es gibt Verschiebungen in Gesellschaft und Staat. Die Diskussion von Freiheit vs. Sicherheit ist ein Beispiel dafür. Die Risiken zweiter Ordnung steigen weil die Politik nicht angemessen Risiken erster Ordnung (die schon diskutiert wurden) reagieren kann – es gibt zu viele mögliche Szenarien. Kommt es doch zum Anschlag, ist die Gefahr der Abwahl des Politikers groß, woraus sich eine Veränderung der Abwägungen von Freiheit vs. Sicherheit bei Politikern ergibt.



Martin

4 MONATE AGO

Terrorismusbekämpfung und Gefährdungseinschätzung dringt immer weiter in die Gesellschaft ein. Die EU-Chemikalienverordnung bedeutet beispielsweise letztlich, dass KassiererInnen im Baumarkt eine Gefährdungseinschätzung bei allen Kunden vornehmen müssen, die entsprechende Chemikalien kaufen. Was ist das besondere an der Terrorbekämpfung? Und wie kann man das als Risikopolitik verstehen? Speziell bei internationalem Terror ist das Risiko scheinbar gegeben, aber die möglichen Angriffsszenarien können fast alles umfassen. Es folgt eine „könnte-sein“-Gesellschaft. Sicherheitspolitiker sehen immer neue, imaginierte Sicherheitslücken, die natürlich geschlossen werden müssen. Terrorismus funktioniert zudem als Verstärker für andere Risiken: Etwa das Risiko des Ausfalls der Trinkwasser- oder Stromversorgung. Systemische Risiken werden durch Terrorismus nicht nur verstärkt, sondern die Komplexität wird ebenfalls erhöht. Da kein Staat alle möglichen Szenarien abwehren kann, müssen politische Entscheidungen unter materiellen und ideellen Gesichtspunkten getroffen werden.



Martin

4 MONATE AGO

Ulrich Schneckener beginnt mit Anekdoten zum staatlichen Umgang mit dem „Terrorrisiko“. Nach Charlie Hebdo wurden mehrere Veranstaltungen abgesagt, nur auf Grund von nicht näher ausgeführten Hinweisen. Politik ist in Zwickmühle: Sie darf weder über- noch unterreagieren. Aber die Kosten einer Überreaktion sind tendenziell niedriger als bei Unterreaktion. Daher: Im Zweifel für die Warnung. Aber: Terrorwarnung bedürfen auch immer Rechtfertigung, sie sind nicht einfach ein allgemein akzeptierter Hinweis. Eine Terrorwarnung setzt immer das Thema auch wieder auf die politische Tagesordnung und entsprechend wird über die Maßnahmen an sich diskutiert.

Tags: [Deutschland](#), [DVPW](#), [konferenz](#), [Kongress](#), [liveblog](#), [Politikwissenschaft](#)

« [Liveblog: DVPW Kongress 2015 in Duisburg – Tag 1](#)
[Liveblog: DVPW Kongress 2015 in Duisburg – Tag 3](#) »

Ein Kommentar zu “Liveblog: DVPW Kongress 2015 in Duisburg – Tag 2”

Kurtz Detektei Duisburg | 14. Nov. 2015 um 1:14 |

#1

Vielen Dank für diese Zusammenfassung! Ich wollte eigentlich an dem Kongress teilnehmen, doch es gab eine Terminkollision und so bekomme ich wenigstens einen Überblick

ANTWORTEN

Einen Kommentar hinterlassen

Name

Email

Webseite

Kommentar

Wählen Sie alle Bilder mit Straßenschildern aus.



Datenschutz - Nutzungsbedingungen

Soll die Herausforderung einfacher sein?

Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare per E-Mail.



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Unported Lizenz.

Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie unter redaktion@sicherheitspolitik-blog.de erhalten

[Impressum & Datenschutz](#) |

